

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 23.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 250

Freitag, den 25. Oktober 1918

13. Jahrgang

### Wilson's Antwort.

Deutsche Pressestimmen dazu. — Eine stürmische Reichstags-Sitzung. Erklärungen des Staatssekretärs Solf über Polen, Nord Schleswig und Elsaß-Lothringen. Annahme des gleichen Wahlrechts im preussischen Herrenhaus. — Die Neuordnung in Sachsen. — Rücktritt Wekerles und Burians. — Kroatenmeuterei in Fiume.

#### Die Antwortnote des Präsidenten Wilson.

Bereits am Mittwoch ist die Antwortnote des Präsidenten Wilson dem schweizerischen Gesandten in Washington zur Übermittlung an die deutsche Regierung übergeben und sie ist gestern durch den schweizerischen Gesandten in Berlin dem deutschen Auswärtigen Amt übermittelt worden. Gegenüber dem von uns gestern Abend durch Extrablatt verbreiteten Text ist der Wortlaut der vom Staatssekretär Lansing unterzeichneten amerikanischen Note folgender:

Staatsdepartement, 23. Oktober 1918.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. M. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. d. M. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlegung der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September, rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erwiderung über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner, daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgeht, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen, und nachdem er ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Völker und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegsführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verhandelt ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen. Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde, der Erwidrung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Mächte in der Lage besetze, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutschseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen der Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht verbunden ist, übermitteln mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundfragen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker im gleichen Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert. Die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkte für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und baldigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundfragen der ganzen Friedensaktion unabweisbar annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu gedenken glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicherheiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundgedanke einer dem deutschen Volke

verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgendwelche Bürgerchaften dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird. Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtigen, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfriede jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Verheerung, was schroff klingt, zu mißbilligen, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und legen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Einvernehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Herrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrrechtlichen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.  
(ges.) Robert Lansing.

#### Die Urteile der Presse.

Die Urteile der Presse über die Note sind, soweit sie bis jetzt vorliegen, verschieden. So sagt das Berl. Tagebl.: Während die vorige Note als ein Rückschritt, vom Frieden fort, erscheinen konnte, ist die jetzige, wenigstens soweit es sich um die Erwidlung der Formalitäten handelt, ein Schritt nach vorwärts, zum Frieden hin.

Unter den jetzigen Verhältnissen ist Wilson, der im Namen der Ententemächte spricht, also zwar zu einem Waffenstillstande bereit. Aber dieser Waffenstillstand und der Friedensschluß sollen anscheinend mit Unterwerfung gleichbedeutend sein. Die Note Wilsons bedeutet also, wie gesagt, nur einen Fortschritt in der Erwidlung der ersten Formalität. Sie enthält kein erhebliches Abweichen von dem Standpunkte, der in der vorigen Note zum Ausdruck gebracht worden war. — Das „Veipg. Tagebl.“ sagt: Die neue Antwort Wilsons klingt beträchtlich entgegenkommender, als die vorige. Wir haben ihm ja freilich auch Veranlassung genug dazu gegeben. Wenn der vorliegende Text der Note in allen Teilen zutreffend ist, hat Wilson die Forderung, Deutschland müsse sich ergeben, nur für den Fall gestellt, daß wir genügende Sicherheiten für eine wahrhaft verfassungsmäßige Haltung nicht bieten könnten. Man kann darüber hinaus vielleicht annehmen, daß auch die „außerordentlichen“ Sicherheiten, die für den Waffenstillstand verlangt werden, weniger schroff ausfallen werden, wenn wir nähere Auskünfte über unsere jetzigen innerpolitischen Zustände gegeben haben werden. Aber, wie gesagt, wir haben vorläufig nur Wilson sprechen hören! Von ihm dürfen wir allerdings wohl sagen, daß er von dem zwei Bildern, die die Welt von ihm hat, in dieser Note wieder das bessere ins Licht gerückt hat. Die „Dresdn. Nachr.“ schreiben: „Wilson hat sich jetzt völlig demaskiert: er will keinen Rechts-, sondern einen nackten Gewaltfrieden. Die neue demokratische Regierung Deutschlands steht sich angesichts dieser unglaublichen Behandlung, die ihr durch Herrn Wilson geteilt wird, vor eine Entscheidung gestellt, die nach menschlichem Ermessen auch die größte Friedensliebe der härtesten Probe unterwerfen muß. Was sollen

wir tun?“ Das „Chemn. Tagebl.“ sagt: Voraussetzung für den Waffenstillstand ist ihm (Wilson), daß es Deutschland unmöglich gemacht wird, die Feindseligkeiten wieder zu eröffnen. Das heißt doch nichts anderes, als Deutschland soll erst die Waffen strecken, sich völlig wehrlos machen, ehe in Verhandlungen eingetreten wird. Dann müßten wir natürlich alles über uns ergehen lassen, was unseren Feinden beliebt, also die vollständige Vernichtung. Doch damit noch nicht genug. Auch die militärischen Beherrscher, gemeint ist unsere Oberste Seeresleitung, müssen beiseite sein, ehe man sich zu Verhandlungen herbeiläßt. Kein Deutscher, der Ehre im Spiele hat, kann auf solche Bedingungen eingehen. Die Ertrugenschaften zweitausendjähriger Kulturarbeit, die künftigen Erinnerungen an alle die Mühen und Triumphe unserer Vorfahren, die wir doch nicht wie Wunder auf den Reichthäusern schleubern können, sie allein schon erzwingen den Widerstand bis aufs äußerste. Die Deutsche Tagesztg. (Berlin) bringt die Antwort unter der Ueberschrift: „Ein neuer Demütigungsschritt.“ Die Nation alzeitung (Berlin) schreibt: Zweifellos ist es, daß Wilson bis zur äußersten Grenze dessen gegangen ist, was im diplomatischen Gedankenaustausch an Erörterungen denkbar ist. Allein die höfliche Form, in der er seine Forderungen vorbringt, darf aber den Inhalt nicht hinwegtäuschen, dessen Beurteilung und Erledigung an die Gewissenspflicht der deutschen Regierung und des Reichstages die höchsten Anforderungen stellen werden.

#### Die Beratung der Note in Berlin.

Gestern in später Abendstunde trat der Kronrat zusammen, um zu der Antwortnote Wilsons Stellung zu nehmen. Ferner fanden zu gleichem Zwecke Sitzungen der Fraktionen des Reichstages statt. Heute (Freitag) vormittag werden die Fraktionsführer mit den Staatssekretären verhandeln.

#### Eine wichtige Konferenz in London.

Aut „Progrès de Lyon“ fand in London eine außerordentlich wichtige Konferenz statt, an welcher die höchsten Militär- und Marinebehörden der Entente teilnahmen. Als deren Ergebnis seien innerhalb weniger Tage Ereignisse von größter Bedeutung für die Entente zu erwarten.

#### Englische Flottenpläne.

Den „Neuen Zürcher Nachrichten“ zufolge meldet Havas aus London: Der britische Admiral Beatty erklärte, daß man mit einer großen Seeschlacht zwischen der britischen und deutschen Flotte wohl noch rechnen müsse. In schweizerischen Blättern wird vielfach der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Engländer einen Vorstoß gegen Holland versuchen werden, welches sie durch ein siegreiches Seesiege gewinnen wollen. Man zweifelt jedoch nicht daran, daß ein solches Unternehmen England fürchterliche Opfer kosten werde.

#### Militärische Entscheidungen der Alliierten.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Die Teilnahme des Generalstabschefs und seiner Vertreter an der Alliiertenkonferenz in Paris läßt auf bedeutsame militärische Entscheidungen schließen. Minister Orlando verließ am Dienstag bei seiner Reise durch Mailand, der Sieg und der Friede seien nur die Erörterungen weniger Wochen.

#### Eine Bedrohung Hollands.

Das dem Ministerium des Auswärtigen nahestehende „Echo de Paris“ läßt durch seinen militärischen Mitarbeiter folgende vielsagende Äußerung veröffentlichen: In diplomatischen gutunterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, das Eintreffen der alliierten Armeen im Scheldemündungsgebiet demnächst das erste Problem der Souveränitätsrechte aufrollen, welche Holland sich über die Scheldemündung angeeignet habe. Am 4. August 1914 habe sich Holland zum einzigen Souverän über die Mündung proklamiert, die der Kriegsschiffahrt verschlossen und so die alliierten Flotten verbinde, unterwerfen zu unterwerfen. Die Alliierten hätten Holland dieses Recht, das ihm auch durch den Vertrag von 1839 niemals eingeäumt worden sei, nicht zugestanden. 1914 habe die Entente mit den unheilvollsten Folgen für die Haager Regierung gewähren lassen, sie habe sich jedoch nicht verpflichtet, das fast accompli zu achten. Das Blatt fragt bedeutungsvoll, ob jetzt nicht die Stunde, über diese Angelegenheit zu sprechen, geschlagen habe.

#### Friedensbedingungen in feindlichen Ländern.

Nach Nyoner Meldungen haben am letzten Sonntag in Lyon und in Genöve große Friedenskundgebungen stattgefunden.